wendigkeit der Erhaltung des Friedens und der Bekämpfung der Kriegsgefahr zu überzeugen. Regierung und Volk kämpfen in einer Front — beide mit Anspannung aller Kräfte — für den Frieden.

Aufruf zum nationalen Widerstand

Schon anläßlich der am 19. September 1950 auf der New-Yorker Separatkonferenz der Westmächte gefaßten Beschlüsse, die zwecks Vorbereitung des amerikanischen Krieges die Remilitarisierung Westdeutschlands und wesentliche Verstärkung der in Westdeutschland stationierten Truppen der imperialistischen Mächte vorsahen, hatte die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik das deutsche Volk zum nationalen Widerstand gegen die Kriegsdrohung aufgerufen. In dem Beschluß des Ministerrates vom 21. September 1950 heißt es unter anderem:

„Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ruft das deutsche Volk und insbesondere die Bevölkerung in Westdeutschland auf, den nationalen Widerstand gegen Remilitarisierung und Aggression zu entfalten ... um dem deutschen Volk Frieden und Einheit zu sichern. Ein Krieg wäre das Ende unseres Volkes. Wir aber wollen leben und aufbauen für eine bessere Zukunft in Frieden und Freundschaft mit allen Völkern."

3. Widerstand in Westdeutschland

Arbeiter und General

In Westdeutschland vereinigt der Widerstand gegen das Verbrechen der Remilitarisierung und der Vorbereitung eines dritten Weltkrieges die deutschen Friedensfreunde und Patrioten aus allen Kreisen der Bevölkerung und mit den unterschiedlichsten Weltanschauungen. Diese Front des Widerstandes gegen Remilitarisierung und Krieg reicht vom Arbeiter bis zum General des zweiten Weltkrieges, der sich der Verantwortung für den Frieden und die Zukunft des deutschen Volkes bewußt geworden ist. Hinter den aktiven Kämpfern gegen Remilitarisierung und Krieg steht die große Mehrheit der Bevölkerung, die den Frieden ersehnt und den Krieg haßt. Sie verfolgt mit wachsender Beunruhigung und Erbitterung, wie entgegen dem klaren Willen des Volkes die Remilitarisierung mit Riesenschritten vorwärtsgetrieben wird, wie die deutschen Imperialisten und Militaristen ihr Haupt erheben und mit zunehmendem Einfluß frecher und unverschämter werden.

Sogar diejenigen westdeutschen Zeitungen, die — ob aus eigenem Antrieb oder unter Zwang, sei dahingestellt — die antideutsche Politik der Adenauer—McCloy vertreten, sehen sich genötigt, wenigstens gelegentlich der Beunruhigung und Erbitterung, der wahren Stimmung der Mehrheit der Bevölkerung Raum zu geben.

Viele dieser Veröffentlichungen bestätigen den Friedenswillen der großen Mehrheit des deutschen Volkes. Aus vielen von ihnen, vor allem aus den Zuschriften der Leser, sprechen die vielfältigen Gründe, aus denen einfache, ehrliche Menschen die Politik der Remilitarisierung und des Krieges ablehnen und sich für den Frieden entscheiden.

„Die deutsche Bevölkerung sagt in ihrer großen Mehrheit zu deutlich — Nein — ... Die Stimmung des Volkes hat sich nicht zugunsten eines Verteidigungsbeitrags geändert; vielleicht eher im Gegenteil ..." („Stuttgarter Zeitung", 30. Juni 1951.)

„Fest steht, daß die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes einen militärischen Beitrag ablehnt." („Main-Post", Würzburg, 30. Juni 1951.)

„Schließlich habe ich vier Kinder"

Die „Norddeutsche Zeitung" veröffentlichte in ihrer Ausgabe vom 17. Juli 1951 einige Zuschriften gegen die Remilitarisierung:

„Der Artikel (ein Artikel, der die Politik der Remilitarisierung vertrat, d. Verf.) hat mich entsetzt und die Vermutung aufkommen lassen, daß er unter Druck geschrieben ist. Solch eine plötzliche Meinungsänderung schätze ich nicht und habe Ihre Zeitung abbestellt." (Aus dem Brief des Lesers Andreas K. aus Hannover.)

„Sie selbst sollten es wissen — und wissen es auch —, daß die weitaus größere Mehrheit unseres Volkes diesem ganzen Remilitarisierungsplan unbedingt ablehnend gegenübersteht. Man hat das Gefühl, daß auch von Ihrer Zeitung versucht wird, eine politische Propaganda zu betreiben, ähnlich wie in der Hitlerzeit." (Aus dem Brief des Lesers Robert H. aus Hannover.)

„Wir haben im Bundesgebiet über eine Million Arbeitslose. Sollte man nicht versuchen, ihnen eine anständige Beschäftigung zu geben, anstatt ihnen wieder einfach ein Gewehr in die Hand drücken zu wollen?" (Aus dem Brief des Lesers Hans F. aus Hannover.)

Auch die in Frankfurt/Main erscheinende „Abendpost" sieht sich genötigt, einige Leserbriefe abzudrucken, wobei die Redaktion feststellt, daß die Zahl der die Remilitarisierung ablehnenden Leserstimmen die der zustimmenden bei weitem übersteigt. (Ausgabe vom 14./15. Juli 1951.)

„Es darf nicht dazu kommen, daß an der Zonengrenze Brüder gegen Brüder aufmarschieren. Der erste Schuß liegt dann meistens nicht mehr fern." (Aus dem Brief des Lesers H. Sch.)

„Müßte man uns nicht erst das — Wofür? — beantworten? Warum hat der Westen keine mitreißende Idee? Freiheit? Ja, Freiheit von Not und Sorge, wo ist sie? Freiheit, daß man uns nicht fragt in dieser Lebensfrage des deutschen Volkes! Freiheit?" (Aus dem Brief des Lesers A. R. aus Flensburg.)

„Man verhandelt hier, man verhandelt dort, man verhandelt auf dem Petersberg und in Bonn. Aber uns fragt man nicht. Ich weiß, man wird mich einen Kommunisten schimpfen, weil ich für eine Volksabstimmung bin, aber ich will mitreden dürfen. Schließlich habe ich vier Kinder." (Aus dem Brief des Lesers L. M. aus Hannover.)

„Wiedererweckung des deutschen Militarismus — das Todesurteil gegen die Demokratie"

In einem Artikel der in Köln herausgegebenen internationalen Monatsschrift „Aufklärung" (Heft 2/1951), deren Herausgeber sich — wie er besonders betont — „zur amerikanischen Demokratie" bekennt, heißt es:

„Diejenigen, die heute am lautesten nach einem Verteidigungsbeitrag durch Aufstellung einer deutschen Armee rufen, sind leider nicht die besten Demokraten. Allenfalls sprechen sie noch von Demokratie. Aber sie meinen Revanche ...

Was aus dem zunächst einmal wohlumhegten Treibhaus einer deutschen Reichswehr hervorzuwachsen imstande ist, wenn sie als Wehrmacht in Freiheit kommt, das haben wir alle, und Amerikaner so gut wie Russen, am eigenen Leibe erlebt. Jede Wiedererweckung des deutschen Militarismus ... wird das Todesurteil gegen die Demokratie in Deutschland erneuern."

Die „Frankfurter Hefte" vom Juni 1951 veröffentlichten den Brief eines ehemaligen Sozialdemokraten, der 1948 wegen der verlogenen Politik der rechten SPD-Führung aus der SPD austrat:

„Mein Vater war Sozialdemokrat. Gut und brav und treu wie ein Hund. Und ich auch. Ich habe aber im ersten Weltkrieg als Soldat den ganzen Dreck mitgemacht. Dann die Nachkriegsjahre, Hunger, Inflation, Erwerbslosigkeit (bis 1937) und dann die schrecklichen zwölf Jahre inklusive Volkssturm usw. Ich will keinen Krieg. Auch gegen Rußland nicht. Ja, ich habe Angst um meine hübschen gesunden Enkelkinder (7 an der Zahl). Und besonders um den Hansl, den 17jährigen, einen großen, stämmigen Jungen. Maurer lernt er. Hilft schon tüchtig mit beim Aufbau dessen, was die größenwahnsinnige Clique der Goebbels, Himmler und Hitler zertrümmern ließ."

Und zum Schluß noch eine Stimme, die einen Ausweg aus der Lage zu finden bemüht ist:

„Da wir im vergangenen Halbjahrhundert Kriege in ihrer ganzen Grausamkeit kennengelernt haben, sollten wir endlich ernsthaft darangehen, eine gute Grundlage für einen dauernden Frieden zu schaffen." („Wetzlarer Zeitung", 11. Juli 1951.)

Vom „Ohne uns" zum Widerstand

Die vorstehenden Pressestimmen und Leserbriefe vermitteln einen gewissen — natürlich unvollständigen — Einblick in die gegen Remilitarisierung und Krieg gerichteten Stimmungen in der westdeutschen Bevölkerung. Daß tatsächlich die große, die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung gegen die Remilitarisierung und die Vorbereitung des amerikanischen Krieges eintritt, wird in dem die Volksbefragung in Westdeutschland behandelnden Abschnitt nachgewiesen.

Die zunächst überwiegend gefühlsmäßige Ablehnung der Remilitarisierung, die die Grundlage der spontanen, Millionenmassen der westdeutschen Bevölkerung erfassenden „Ohne-uns-Bewegung" ist, wurde unter dem Einfluß der zunehmenden Kriegsgefahr, der furchtbaren Zerstörungen und amerikanischen Kriegsgreuel in Korea durch einen ständig zunehmenden bewußten Kampf ergänzt. An diesem bewußten Kampf um den Frieden, der immer organisiertere Formen annimmt, nehmen heute bereits Massen der Bevölkerung aus allen Schichten und mit den verschiedensten Weltanschauungen teil. Die unter der Losung „Rettet den Frieden" am 28. Januar 1951 in Essen durchgeführte Tagung gegen Remilitarisierung und Wiederauf-

rüstung Deutschlands, an der 1700 Delegierte aus allen Teilen Westdeutschlands und ein französisches und britisches Mitglied des Weltfriedensrates teilnahmen, beschloß das „Manifest gegen die Remilitarisierung Deutschlands", in dem die Bonner Regierung zur Durchführung einer Volksbefragung aufgefordert wird. In dem Manifest heißt es u. a.:

> „Wir Vertreter von Millionen Männern und Frauen aus allen Schichten des deutschen Volkes, Arbeiter und Bauern, Ingenieure, Ärzte und Wissenschaftler, Pfarrer beider christlicher Konfessionen, Schriftsteller und Künstler, Soldaten, Offiziere und Generale des zweiten Weltkrieges sind in der Zeit einer geschichtlichen Krise unseres Vaterlandes zusammengekommen, um ernst und unvoreingenommen zu prüfen, wie die Gefahr eines Krieges gebannt werden kann. Wir stellen fest, daß das deutsche Volk von außerdeutschen Mächten zur unmittelbaren Vorbereitung eines dritten Weltkrieges gezwungen werden soll. Dieser Krieg würde in Deutschland beginnen und unser Volk als erstes mit seiner ganzen Schwere treffen. Deutsche würden gegen Deutsche kämpfen. Ein dritter Weltkrieg wäre zugleich ein deutscher Bürgerkrieg. Er würde zur Vernichtung unseres Lebens und zur Auslöschung unseres Volkes führen ...
>
> Ein dritter Weltkrieg wird verhindert und der Frieden gerettet werden, wenn das deutsche Volk von seinem demokratischen Recht Gebrauch macht, über sein Schicksal, über Krieg oder Frieden selbst zu entscheiden, und seinen Willen zur Ablehnung der Remilitarisierung durch eine Volksbefragung zum Ausdruck bringt. Nur so kann eine friedliche und glückliche Zukunft für unser Volk gesichert werden."

Auf diesen Aufruf der Essener Tagung antwortete die Bonner Regierung mit wütenden Verleumdungen und, als diese nichts halfen, mit einer Flut von Verbots- und Terrormaßnahmen.

Trotz aller Hindernisse nimmt jedoch der Widerstand gegen die Remilitarisierung und Vorbereitung des amerikanischen Krieges unaufhaltsam zu.

Der Kampf der westdeutschen Arbeiterschaft

Die Werktätigen Westdeutschlands und West-Berlins bekommen die Folgen der Remilitarisierung und Kriegsvorbereitungen, die maßlose Erhöhung der Lebenshaltungskosten, die beträchtliche Senkung des Realeinkommens am stärksten zu spüren. Die Werktätigen verbinden daher den Kampf gegen die soziale Verelendung, für Lohnerhöhungen und bessere Arbeitsbedingungen mit dem Kampf gegen Remilitarisierung und Krieg. Welchen Umfang dieser Kampf — trotz des Verrats der Lebensinteressen der Arbeiter und Angestellten durch die rechten Gewerkschaftsführer — angenommen hat, ergibt sich aus der Tatsache, daß Ende Juli 1951 etwa 100 Lohntarife von den Werktätigen gekündigt waren. An den Lohnkämpfen sind große Arbeitermassen beteiligt. Wie die westdeutschen Unternehmer feststellen, würde die Erfüllung der gestellten Lohnforderungen einen Mehraufwand an Löhnen von etwa drei Milliarden Mark jährlich beanspruchen. Da für die Vorbereitung des amerikanischen Krieges in Westdeutschland jährlich ein Vielfaches dieser

Summe ausgegeben wird, sind diese Lohnforderungen der Werktätigen durchaus real und erfüllbar.

Die Arbeiterschaft Westdeutschlands beginnt, entschlossen den Angriffen der deutschen und amerikanischen Monopolherren auf ihre Lebenshaltung entgegenzutreten. Dieser Kampf ist zugleich ein Kampf gegen Remilitarisierung und Krieg und wird von allen ehrlichen Patrioten im Osten und Westen Deutschlands unterstützt.

Die Bergarbeiter der Ruhr bewiesen mit ihrem erfolgreichen Kampf gegen die sogenannten „Panzerschichten", das sind zusätzliche Sonntagsschichten mit dem Ziel der Erhöhung der Kohleförderung zu Rüstungszwecken, daß sie in dem Kampf gegen Remilitarisierung und Kriegsgefahr mit an erster Stelle stehen. Als Folge des Kampfes der Bergarbeiter ging die Förderung bei den „Panzerschichten" so stark zurück, daß dadurch das von den Rüstungsindustriellen mit den rechten Gewerkschaftsführern abgeschlossene „Panzerschichten"-Abkommen unwirksam gemacht wurde.

Einen beispielhaften Kampf gegen Remilitarisierung und Kriegsvorbereitung lieferten Hamburger Hafenarbeiter. Trotz schärfsten Drucks, der von seiten der Besatzungsmächte und auch von seiten der Hamburger Hafenverwaltung auf sie ausgeübt wurde, weigerten sich z. B. im August 1950 41 Hafenarbeiter, Sprengstoffe und Munition von britischen Dampfern zu entladen. Als sie daraufhin entlassen wurden, traten ihre Kollegen in den Streik.

Die Bergarbeiter und Metallarbeiter Westdeutschlands und der Deutschen Demokratischen Republik berieten auf einer Anfang Juli 1951 in Halle durchgeführten Tagung, an der über 500 Arbeiter des Bergbaus und der Metallindustrie aus ganz Deutschland teilnahmen, gemeinsame Aktionen gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands und den Schuman-Plan. Der westdeutsche sozialdemokratische Bergarbeiter Wilhelm Luchs, der das Hauptreferat auf dieser Tagung hielt, forderte von den Bergarbeitern und Metallarbeitern ganz Deutschlands, sich einmütig zum Widerstand gegen die Remilitarisierung zu erheben.

Auch die Verkehrs- und Transportarbeiter beschlossen auf einer Ende Juli 1951 in Eisenach durchgeführten gesamtdeutschen Verkehrs- und Transportarbeiterkonferenz den gemeinsamen Kampf gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands und die Vorbereitung des amerikanischen Krieges.

In der von den Delegierten einstimmig angenommenen Entschließung heißt es u. a.: „Beratet in allen Arbeitsstätten, wie die Beförderung von Kriegsmaterial, Kohle und Schrott für die Rüstungsindustrie verhindert werden kann und trefft geeignete Maßnahmen."

Der Sekretär des Europäischen Arbeiterkomitees gegen die Remilitarisierung, Kurt Hanisch, forderte die deutschen Seeleute und Hafenarbeiter auf, dem Beispiel ihrer französischen und italienischen Kollegen zu folgen und die Entladung amerikanischen Kriegsmaterials in deutschen Häfen durch Streik zu verhindern.

Die Empörung der westdeutschen Werktätigen gegen die ständige Verschlechterung ihrer Lebenslage als Folge der Remilitarisierung wächst immer mehr. Ihr Kampf gegen die Anschläge auf ihre Lebenshaltung, der zugleich ein Kampf gegen Remili-

tarisierung und Krieg ist, verstärkt sich trotz des Verrats und der Sabotage der rechten Gewerkschaftsführer, die die Aufträge der amerikanischen und deutschen Monopolherren durchführen.

Bauern verteidigen ihr Land

Die von Adenauer und Dr. Schumacher im Auftrage der amerikanischen Imperialisten ins Land gerufenen amerikanischen, britischen und französischen Truppenverstärkungen, die schon zu einer Erhöhung der Besatzungskosten um mehrere Milliarden Mark jährlich führten, haben die Vertreibung von Zehntausenden deutscher Bauern von Haus und Hof zur Folge. Die amerikanischen, britischen und französischen Interventionstruppen beanspruchen neue Truppenübungsplätze, Artillerieschießplätze, Flugfelder, Kasernen, luxuriöse Wohnungen. Das Land für die Truppenübungsplätze, Flugfelder usw. wird rücksichtslos den Bauern geraubt. In verschiedenen Ortschaften und ganzen Kreisen haben sich die Bauern zum Widerstand gegen die Vernichtung ihrer Existenz zusammengeschlossen und verteidigen ihren Boden und ihre Wohnhäuser, und die amerikanischen Imperialisten und ihre Bonner Beauftragten gehen mit brutalster Gewalt gegen die Bauern vor. Hierfür nur ein Beispiel:

> „‚Seit Wochen werden auf unserem Boden Vorbereitungen getroffen für den Bau eines Kriegsflugplatzes.' Mit diesen Worten beginnt ein Notruf, den der Bürgermeister von Sembach im Namen aller Einwohner der pfälzischen Landgemeinde an die Öffentlichkeit richtete. Da das Dorf sich weigerte, die Felder vor der Erntezeit abzumähen, gingen die Amerikaner dazu über, das Getreide mit Benzin zu übergießen und zu verbrennen. Hierzu schreibt der Bürgermeister von Sembach: ‚Die Verwüstungen nehmen immer größere Ausmaße an. Bagger fressen die Muttererde weg. Bäume werden mit den Wurzeln gesprengt. Unser Land wird zum zweitenmal der Vorbereitung eines neuen Krieges geopfert. Dem brennenden Getreide werden brennende Städte und Dörfer folgen, wenn wir nicht alle geschlossen und einig für die Erhaltung unserer Heimat eintreten.'" (Pressemeldung aus Kaiserslautern vom 18. Juli 1951.)

In der Mainschleife bei Hammelburg, wo mehrere Ortschaften mit zusammen mehr als 20 000 Menschen auf Befehl der amerikanischen Interventen für die Anlage eines Truppenübungsplatzes geräumt werden sollten, haben sich die Bauern und anderen Einwohner zusammengeschlossen und dank ihres Zusammenhaltens bisher ihre Vertreibung aus ihrer Heimat verhindert.

Die Zeitung „Fränkischer Tag", Bamberg, berichtet in ihrer Ausgabe vom 12. Juni 1951:

> „Die Dienststelle Blank in Bonn ... war von den amerikanischen Behörden beauftragt worden, 20 Flugplätze und 6 Truppenübungsplätze bereitzustellen. Für die letzteren wurde ein Mindestmaß von 17 km Länge und 9 km Breite verlangt. Man wünscht, daß diese Plätze ausschließlich in der amerikanischen Besatzungszone liegen. Im Falle Hammelburg wünscht man sogar, daß der Truppenübungsplatz 20 km lang, 10 km breit sei. Die Ausweitung des Lagers

Hammelburg um das Vierfache hätte die Evakuierung von 7 ganzen Gemeinden aus den Landkreisen Hammelburg und Karlstadt sowie Räumungsmaßnahmen in weiteren 24 Gemeinden der Landkreise Hammelburg, Karlstadt, Gmünden und Bad Kissingen zur Folge. Betroffen würden rund 20 000 Personen. Das ganze Projekt Hammelburg käme die Steuerzahler auf etwa 87 Millionen DM zu stehen. — Die betroffenen 20 000 Personen haben durch ihre Sprecher eindeutig erklärt, daß sie ihre Heimat nicht freiwillig aufgeben werden. Die bayerische Regierung war bei dieser Entscheidung der Dienststelle Blank nicht einmal gefragt worden."

Widerstandsaktionen gegen den Raub fruchtbaren Bauernlandes für Zwecke der Vorbereitung des amerikanischen Krieges werden aus den verschiedensten Gegenden Westdeutschlands gemeldet.

Der in großem Umfang vor sich gehende Landraub zugunsten der Vorbereitung des amerikanischen Krieges hat also die westdeutschen Bauern in Bewegung gebracht und sie an die Widerstandsbewegung gegen Remilitarisierung und Krieg herangeführt.

Die westdeutschen Bauern, die infolge der von Adenauer und Schumacher betriebenen Politik der Vorbereitung des amerikanischen Krieges jetzt schon zu Zehntausenden von ihren Höfen vertrieben werden, sind nicht mehr gewillt, die verlogenen Ausreden der Bonner Separatregierung, sie sei machtlos gegen die Maßnahmen der imperialistischen Westmächte, und die zynischen Äußerungen der amerikanischen Okkupanten, die Bonner Regierung und Schumacher hätten ja die Verstärkungen ins Land gerufen, hinzunehmen.

Der Kampf der Bauern gegen den Krieg, dessen Opfer sie werden sollen, noch bevor der erste Schuß gefallen ist, ist von außerordentlich großer gesamtdeutscher Bedeutung. Die Verbindung des erbitterten Widerstandes der Bauern mit dem Widerstand der Arbeiterschaft wird die Wucht des Kampfes gegen Remilitarisierung und amerikanischen Krieg vervielfachen.

„Die christliche Aufgabe von heute"

Eine innerhalb der protestantischen Kirche bestehende starke Strömung, die aktiv an dem Widerstand gegen die Remilitarisierung und die Vorbereitung eines dritten Weltkrieges teilnimmt, hat die amerikanischen Imperialisten und ihre deutschen Handlanger in besondere Aufregung versetzt. So versteigt sich McCloy sogar zu der wütenden, die westdeutschen Katholiken beleidigenden Behauptung, diese wenigstens seien — im Gegensatz zu den Protestanten — zuverlässige Verfechter der amerikanischen Spaltungs- und Kriegspolitik.

In dem Vierteljahresbericht McCloys für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1951 heißt es u. a.: „Aber weil die Sowjetzone ein überwiegend protestantisches Gebiet ist, war es natürlich, daß das Gefühl für die deutsche Einheit unter den protestantischen Deutschen lebhafter war als unter den Katholiken, die in einem vereinigten Deutschland verhältnismäßig an Einfluß verlieren würden." (6. Vierteljahresbericht des amerikanischen Hochkommissars für Deutschland, Seite 23.)

Es ist durchaus denkbar, daß sich Adenauer bei seiner Sabotage der deutschen Einheit auch von den von McCloy erwähnten Gedankengängen leiten läßt. Für die Masse der westdeutschen Katholiken, unter denen sich nicht wenige hervorragende deutsche Patrioten und aufopfernde Kämpfer für die Einheit Deutschlands und den Frieden befinden, ist diese Erklärung des amerikanischen Hohen Kommissars eine schwere Beschimpfung.

Es ist richtig, daß von christlich-protestantischer Seite der Widerstand gegen Remilitarisierung und Kriegsgefahr eine nicht unwesentliche Stärkung erfahren hat. Eine wahre Schockwirkung löste im Oktober 1950 der Rücktritt des Bonner Innenministers Dr. Heinemann aus, der den Verzicht auf den Sitz in der Regierung damit begründete, daß er die verfassungswidrige Politik der Remilitarisierung und Kriegsvorbereitung, die von Adenauer hinter dem Rücken des deutschen Volkes betrieben wird, mit seinem christlichen Gewissen nicht vereinbaren könne. Dr. Heinemann, der als Präsident der Generalsynode der Evangelischen Kirche großen Einfluß in protestantischen Kreisen besitzt, forderte die Befragung des deutschen Volkes, das allein über Remilitarisierung und Krieg oder Frieden entscheiden könne.

Kirchenpräsident Niemöller nimmt ebenfalls eine entschiedene Stellung gegen Remilitarisierung und Krieg ein. Auf den Einwand, daß eine Volksbefragung schon deshalb nicht vorgenommen werden könne, weil sie in der Bonner Verfassung nicht vorgesehen sei, erklärte Niemöller in einem Offenen Brief an Dr. Adenauer:

> „Diese Verfassung ist ja so geschickt gearbeitet, daß das deutsche Volk wieder in einen Krieg hineingestürzt werden kann, ohne daß es zuvor überhaupt gefragt wird." In dem Brief heißt es weiter: „Die Evangelische Kirche in Deutschland hat keinen Zweifel gelassen, daß sie einer Remilitarisierung nicht das Wort reden könne — weder im Osten noch im Westen. Darüber hinaus werden sich evangelische Christen jeder Remilitarisierung praktisch widersetzen und sich darauf berufen, daß ihnen die Bundesverfassung dieses Recht gibt. Und wenn ihnen durch eine Verfassungsänderung dieses Recht wirklich entzogen werden sollte, so werden wir uns wieder einmal darauf berufen müssen, daß man Gott mehr gehorchen muß als den Menschen."

Eine ähnliche Stellung nahmen Vertreter der Bruderschaft der Bekennenden Kirche ein.

Großen Einfluß auf die protestantische Geistlichkeit hat ferner ein Brief des Schweizer Theologen Professor Karl Barth ausgeübt, in dem der Kampf gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands, der Kampf für den Frieden als die christliche Aufgabe von heute bezeichnet wird.

Die genannten Stimmen einflußreicher Persönlichkeiten der protestantischen Kirche haben unter den deutschen Protestanten die Bewegung für Teilnahme am Kampf gegen Remilitarisierung und Kriegsgefahr stark gefördert. Allerdings ist in der protestantischen Kirche die Stimmung nicht einheitlich. Es gibt einige wenige hohe Geistliche, die im Kurs der amerikanischen Kriegspolitik segeln.

Für Neutralität — gegen Remilitarisierung

Außer gewissen Kreisen der protestantischen Kirche, deren Exponent Niemöller ist, treten mehrere bürgerliche Organisationen gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands und Vorbereitung des amerikanischen Krieges auf, indem sie für Deutschland strikte Neutralität in den Auseinandersetzungen der Großmächte fordern. Zu diesen Vertretern der Neutralität gehören eine Vereinigung „Neutrales Deutschland", Hamburg, der „Bund der Kriegsdienstverweigerer", ein „Internationaler Versöhnungsbund", der sogenannte „Nauheimer Kreis" und andere mehr.

Auch die Anhänger der Neutralitätsauffassung werden von Adenauer und seinem Innenminister Lehr mit polizeilichen Mitteln verfolgt und als „kommunistenverdächtig" auf die verschiedensten Schwarzen Listen gesetzt. Nicht wenige Vertreter der den Standpunkt der Neutralität vertretenden Organisationen führen einen aktiven Kampf gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands und die Vorbereitung eines dritten Weltkrieges.

Jugend in vorderster Linie

Die Jugend Westdeutschlands, der von McCloy und Adenauer das Schicksal zugedacht ist, das Kanonenfutter für den amerikanischen Krieg zu stellen, steht im Kampf gegen Remilitarisierung und Kriegsgefahr in vorderster Linie. Nicht nur die Freie Deutsche Jugend, die von der Adenauer-Regierung unter Verletzung der Bonner Verfassung wegen ihres Eintretens für den Frieden verboten wurde, sondern auch Angehörige zahlreicher anderer Jugendorganisationen sind an dem aktiven Kampf beteiligt. So beschloß die Jugendorganisation der Zentrumspartei, der „Windthorst-Bund", auf seiner Jahrestagung im März 1951 eine Erklärung gegen die Remilitarisierung und die Aufforderung an die Außenminister-Stellvertreter in Paris, sich über die Wiederherstellung der deutschen Einheit zu einigen. („Volksstimme", Köln, 13. März 1951.)

Etwa 400 Delegierte der Sozialdemokratischen Jugendorganisation, der „Falken", lehnten ebenfalls im März 1951 auf einer Verbandskonferenz in Heidelberg die Remilitarisierung Deutschlands entschieden ab. („Fuldaer Volkszeitung", Fulda, 27. März 1951.)

Jugendliche der verschiedensten Jugendorganisationen waren bei der Helgoland-Aktion der deutschen Jugend beteiligt, die weite Kreise der deutschen Öffentlichkeit aufrüttelte und mobilisierte. Aus Protest gegen den Mißbrauch der Insel als Bombenabwurfplatz der britischen Luftwaffe landete im März 1951 die erste Jugenddelegation auf Helgoland. Sie wurde mit Gewalt von der Insel heruntergeholt. Die jungen deutschen Patrioten wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt. Es folgten eine zweite, eine dritte, eine vierte Helgoland-Delegation, bis schließlich die ehemaligen Bewohner der Insel ebenfalls dort landeten und gegen die Zerstörung, gegen die britischen Bombardierungen protestierten.

An der vierten Helgoland-Delegation der deutschen Jugend waren 36 deutsche Jungen und Mädchen beteiligt. Das Obergericht der britischen Militärregierung mit dem Anklagevertreter Ticehurst, dem Oberrichter O'Hanlon und dem Richter Lovell, die

sich mit Schande bedeckten, verurteilte die jungen deutschen Patrioten und Friedensfreunde zu Gefängnisstrafen und zu „Zwangserziehung".

Der Kampf der deutschen Jugend gegen die Bombardierung der Insel Helgoland hatte den Erfolg, daß die britische Militärregierung sich zu der Erklärung genötigt sah, einen anderen Übungsplatz für ihre Bombenangriffe suchen zu wollen.

Gegen die Jugend West-Berlins, die trotz schärfsten Terrors den Kampf um den Frieden verstärkt fortsetzt, richtet sich der Haß der imperialistischen Westmächte und der Reuter-Verwaltung. Nur wegen ihres Eintretens für den Frieden schmachten zahlreiche Jungen und Mädchen — vielfach jünger als 16 Jahre — in Westberliner Gefängnissen. 30 von ihnen richteten aus dem Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit (britischer Sektor) Anfang August 1951 eine Grußadresse an die Millionen Teilnehmer der III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin.

„Bohrgeräte in den Main!"

Auch bei dem Widerstand gegen die Vorbereitung der Zerstörung und Verwüstung Westdeutschlands in dem geplanten amerikanischen Krieg steht die Jugend Westdeutschlands an erster Stelle. So mauerten in den ersten Tagen des Juli 1951 junge deutsche Patrioten die Sprengkammern zu, die auf Befehl der amerikanischen Kriegstreiber rechts und links der Rheinufer-Straße am Loreleifelsen angebracht worden waren. In zwölf der sechs Meter tiefen Sprengschächte wurden je 1½ cbm Beton gegossen. An der Unschädlichmachung der Sprenglöcher beteiligten sich die Bevölkerung sowie Insassen zufällig vorbeifahrender Fernlastzüge und Personenkraftwagen.

Die in die Eisenbahnbrücke bei Eyb im Kreis Ansbach auf amerikanischen Befehl eingebauten Sprengkammern wurden unbrauchbar gemacht.

Kitzinger Bürger warfen die Bohrgeräte der Firma Arthur Rust, die beim Einbau der Sprengkammern in die Mainbrücke benutzt wurden, in den Fluß. Die Arbeiten mußten daraufhin unterbrochen werden. Auch ein schweres Kompressor-Aggregat wurde in den Main geworfen.

An zahlreichen Orten wurden diese Beispiele wiederholt, und mehrfach weigerten sich die Stadtverwaltungen, den amerikanischen Interventen die zwecks Anbringung von Sprenglöchern angeforderten Brückenpläne zu übergeben.

Diese Handlungen des aktiven Widerstandes leiteten eine neue Phase in dem Kampf der Bevölkerung Westdeutschlands gegen die Remilitarisierung und Vorbereitung des Krieges der amerikanischen und deutschen Imperialisten ein.

Gerichte gegen Adenauer

Es ist bemerkenswert, daß sich in Westdeutschland der Terrorapparat der Adenauer und McCloy nicht in allen Fällen als zuverlässig erweist. Es gibt Richter, die nicht gewillt sind, die Verletzung der Verfassung und der Grundrechte durch den Adenauerschen Polizeiterror mitzumachen. Hierfür nur einige Beispiele:

Das Solinger Amtsgericht lehnte es im Juli 1951 ab, die beiden Friedensfreunde Sbosny und Müller, die wegen Unterstützung der Volksbefragung angeklagt worden

waren, zu bestrafen. In der Urteilsbegründung heißt es: „Nach dem § 5 des Bonner Grundgesetzes kann es keinem Deutschen verwehrt werden, sich über alle Dinge, in diesem Falle auch über die Meinung der Bevölkerung über die Remilitarisierung, zu informieren ... Dies ist auch dann der Fall, wenn eine solche Befragung keinen amtlichen Charakter trägt. Die Polizeiverordnung des Innenministers (zur Verhinderung der Volksbefragung) ist als rechtsungültig anzusehen. Die Angeklagten werden auf Kosten der Staatskasse freigesprochen."

Die Erste Kammer des Verwaltungsgerichts in Karlsruhe erklärte Mitte Juni das Verbot einer Friedenskundgebung in Mannheim, unter Berufung auf Artikel 8 des Grundgesetzes, das die Versammlungsfreiheit garantiert, für ungültig.

Das Amtsgericht in Lemgo sprach am 14. Juni 1951 den Studenten Fred Siegmann und den Arbeiter Ernst Wibsiek, die sich an der Volksbefragung beteiligt hatten, frei. In seiner Urteilsbegründung betonte der Richter, daß das Recht der Volksbefragung dem Grundgesetz nicht zuwiderläuft.

Aus Westdeutschland wie auch aus West-Berlin wird von Fällen berichtet, in denen Angehörige der Polizei sich weigern, gegen Friedenskämpfer vorzugehen oder gegen die Durchführung der Volksbefragung gegen die Remilitarisierung einzuschreiten.

Abrechnung mit der Kriegspolitik

Während die Bevölkerung Westdeutschlands in ihrer großen Mehrheit die Remilitarisierung und die amerikanische Kriegspolitik ablehnt, machen die Abgeordneten des Bonner Separatparlaments — von nur wenigen Ausnahmen abgesehen — gemeinsame Sache mit den an der Entfesselung eines neuen Weltkrieges interessierten amerikanischen und deutschen Imperialisten.

Außer den Abgeordneten der Kommunistischen Partei Deutschlands, die auch im Bonner Separatparlament alle Möglichkeiten des Kampfes gegen die Remilitarisierung ausnutzen, war es unter anderen die Abgeordnete der Zentrumspartei, Frau Wessel, die sich gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands einsetzte. Die Abgeordneten der CDU, der SPD usw. machten sich dagegen zu Handlangern der Kriegspolitik der amerikanischen und deutschen Monopolherren.

Eine grundsätzliche Abrechnung mit der Kriegspolitik der Regierung Adenauer nahm der Abgeordnete der KPD, Max Reimann, in der 24. Sitzung des Bonner Separatparlamentes vor. Reimann erklärte u. a.:

„Noch sind keine fünf Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation des Hitlerfaschismus vergangen, noch sind die Tränen der Kinder und Mütter, die ihre Väter und Söhne in diesem faschistischen Raubkrieg verloren haben, nicht getrocknet; noch ist kein Friedensvertrag abgeschlossen! Noch stehen die Besatzungstruppen in Deutschland. Unser Vaterland ist gespalten. Die Wohnstätten liegen noch in Trümmern. Und trotzdem will ein deutscher Politiker die deutsche Jugend wieder in den Soldatenrock stecken. Hitler und seine faschistischen Generale haben im Auftrag der deutschen Monopolherren im zweiten Weltkrieg des deutschen Volkes höchstes Gut, die Jugend, für ihre verbrecherischen Welteroberungspläne sinnlos geopfert.

Ich frage Sie, Herr Adenauer, in wessen Interesse und in wessen Auftrag fordern Sie die Eingliederung deutscher Truppenkontingente in eine fremde Wehrmacht, die Sie als ‚europäisch' bezeichnen?" Max Reimann erklärte weiter:

„Ich habe Gelegenheit gehabt, mich in den letzten Tagen mit Arbeitern aller Weltanschauungen und politischen Richtungen zu unterhalten. Ich habe mit Bürgern und anderen gesprochen. Sie legten mir die Frage vor: Muß die Bevölkerung Westdeutschlands, nachdem der Bundestag für vier Jahre gewählt ist, auch vier Jahre eine Adenauer-Regierung ertragen? Allgemeine Zustimmung fand ich, als ich erklärte, das deutsche Volk habe am 14. August seine Stimme so abgegeben, weil Dr. Adenauer und Dr. Blücher es wohlweislich vor der Wahl vermieden, dem Volk die Maßnahmen mitzuteilen, die sie gegen die Interessen des Volkes durchführten oder durchzuführen beabsichtigen.

Ich erklärte weiter, das deutsche Volk habe schon einmal einem Kanzler vier Jahre Zeit gegeben, der es in das Verderben eines Krieges führte; daraus müsse das Volk die Lehre ziehen, daß nicht noch einmal ein Kanzler, dessen Politik die Gefahr des Krieges heraufbeschwört, vier Jahre Zeit bekommen dürfe." (Zitiert nach dem amtlichen Protokoll, Bundestag Bonn, 24. Sitzung 1951, S. 737 ff.)

4. Volksbefragung in ganz Deutschland

Verbot der Volksbefragung in Westdeutschland rechtsungültig

Erschreckt durch das Anwachsen des Widerstandes gegen die Vorbereitung des amerikanischen Krieges und die Zustimmung, die die von der Essener Tagung gegen Remilitarisierung und Wiederaufrüstung Deutschlands am 28. Januar 1951 beschlossene Volksbefragung gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für einen Friedensvertrag mit Deutschland im Jahre 1951 bei der Masse der westdeutschen Bevölkerung fand, beschloß die Bonner Separatregierung am 24. April 1951, die Durchführung der Volksbefragung zu verbieten. Dieses Verbot stellt eine schwere Verletzung der Verfassung des Bonner Separatstaates dar.

Der Hauptausschuß für Volksbefragung, dem deutsche Patrioten aus allen Kreisen der Bevölkerung und der verschiedensten Weltanschauungen angehören, legte gegen das Verbot feierlichen Protest ein. In einem Aufruf des Hauptausschusses vom 4. Mai 1951 wird unter Berufung auf die Rechtswidrigkeit des Verbotes festgestellt, daß die Volksbefragung dennoch durchgeführt werden würde:

„Der Aufruf zur Vorbereitung der Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für einen Friedensvertrag mit Deutschland im Jahre 1951 hat die Zustimmung der breitesten Kreise der Bevölkerung gefunden.

So versammelten sich am 28. Januar 1951 in Essen 1700 Delegierte, so wurde am 14. April 1951 der Hauptausschuß für Volksbefragung geschaffen, dem Repräsentanten aller Schichten der Bevölkerung angehören und dessen Beschlüsse die begeisterte Zustimmung aller Menschen fanden, die ihr Vaterland und den Frieden lieben. In Frankfurt a. M. machte sich eine Konferenz von über 1000 Mitgliedern und Funktionären der Sozialdemokratischen Partei im Namen der Mehrheit aller Sozialdemokraten Westdeutschlands die Forderung nach der Volksbefragung zu eigen. An der Europäischen Arbeiterkon-